

06.01.2020

Patienten, die am Ende der Akutbehandlung im Krankenhaus entlassen werden könnten warten Monate auf einen Platz im Betreuten Wohnen (stationäre Eingliederungshilfe). Die Anträge brauchen 3-6 Monate in der Behörde und anschließend folgt die Wartezeit der Wohneinrichtungen die mindestens 6 Monate umfasst. Dementsprechend müssen entlassfähige Patienten unnötig und langfristig auf den Akutstationen verbleiben. Eine Entlassung kann nicht durchgeführt werden weil diese schwerkranken Patienten häufig einen langfristigen Unterbringungsbeschluss haben und/oder keine eigene Wohnung mehr haben. Die Wartezeiten, Absagen und die fehlende Weiterversorgung vermitteln den Patienten auf den Akutstationen das Bild unerwünscht zu sein. Die Teams der Stationen sind frustriert weil ihre geleistete Arbeit konterkariert wird. Diese Faktoren führen zu einer kritischen Gesamtsituation der stationären Akutpsychiatrie in Hamburg.

Unsere Frage: Was wird ihre Partei tun, um die Wartezeiten zu reduzieren? Was wird Ihre Partei tun, um den Hamburger Patienten eine therapeutische Wohnstruktur bzw. eine Eingliederungshilfe in der Heimatstadt zu organisieren?

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen dass es mehr hochstrukturierten und bedarfsgerechten Wohnraum für Menschen mit seelischen Erkrankungen gibt. Das kann zu einer Reduktion der Wartezeiten aber auch der Behandlungslängen und –häufigkeiten in den stationären Akutpsychiatrien beitragen. Darüber hinaus ermöglicht es eine bedarfsgerechte Unterbringung von Patient_innen. DIE LINKE setzt sich darüber hinaus für mehr Sozialwohnungen und eine Mietpreisbremse ein um allen Menschen Wohnraum zu ermöglichen.

Die Aufsichtskommission kritisiert seit vielen Jahren in ihren Prüfberichten, dass immer mehr Hamburger Patienten, die einen Unterbringungsbeschluss haben, in Wohneinrichtungen teils weit außerhalb Hamburgs bzw. in andere Bundesländer verbracht werden. Im letzten Jahr waren es 105.

Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um den „Export“ von schwerkranken Patienten in die gesamte Republik zu reduzieren?

Über die Schaffung von mehr hochstrukturiertem und bedarfsgerechtem Wohnraum für Menschen mit seelischen Erkrankungen hinaus müssen vor Allem auch die ambulanten Angebote der Sozialpsychiatrie ausweitet werden, wofür wir uns einsetzen, um stationäre Aufenthalte zu reduzieren. Dazu gehört auch das Hometreatment und aufsuchende Angebote bedarfsgerechter und stärker ausgebaut werden.

Schwer psychisch kranke Menschen haben häufig eine verminderte Krankheitseinsicht und meiden das klassische Versorgungssystem. Hierdurch entsteht im klassischen Versorgungssystem ein Zugängerschwernis („Patient wirkt nicht mit“). Durch alternative Versorgungsangebote wie z.B. Hotel Plus (Köln) oder Pension Plus (Münster) gelingt eine Schwellenabsenkung die solche Patienten wieder in das ganze Versorgungssystem integrieren kann.

Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um solche Einrichtungen zu schaffen und in das Versorgungssystem zu integrieren?

Obdachlose Menschen mit massiven psychischen Auffälligkeiten oder psychischer Erkrankung ohne Krankheitseinsicht haben bisher keinen adäquaten Zugang zu den Hilfemaßnahmen der psychiatrischen Versorgungssysteme in Hamburg. Denn sie sind häufig nicht in der Lage, gewisse Schwellen zu überwinden oder verweigern sich grundsätzlich allen Angeboten, die mit psychiatrischer Behandlung oder Unterstützung einhergehen. Diese Personengruppe benötigt unserer Meinung nach ein Wohnangebot, das mit wenig Verantwortungsübernahme und Verbindlichkeit einhergeht und trotzdem längerfristig Sicherheit bietet. DIE LINKE fordert deshalb spezifische Wohnangebote für obdach- und wohnungslose Menschen ohne Krankheitseinsicht mit dem Ziel ist längerfristig eine medizinische/psychiatrische Versorgung anzuregen und vielleicht sogar zu erreichen, dass Wohnangebote der Eingliederungshilfe angenommen werden können.

Suchtkrank, Obdachlos, psychisch Krank und vielleicht noch pflegebedürftig? Jedes Problem hat seine eigene zuständige Behörde bzw. Kostenträger. Jedes Problem wird aus einem anderen Sozialtopf finanziert. Wenn ein Patient von mehreren Problemen betroffen ist dann schieben die Behörden die Zuständigkeiten hin und her. Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um die problematische Aufspaltung des Sozialsystems (SGB V, IX, XI, XII) zu überwinden, um eine individuelle Lösung für den Patienten zu finden?

Wir wissen, dass die Aufspaltung der sozialen Sicherungssysteme in der Praxis häufig zu Problemen führt und die Betroffenen dann die Leitragenden sind. DIE LINKE setzt sich für eine behördenübergreifende Zusammenarbeit ein, um so individuelle Lösungen für die Betroffenen zu finden.

06.01.2020

In anderen Städten (z.B. Münster) gibt es sogenannte „Systemsprengerkonferenzen“. Hier werden regelmäßig am Runden Tisch flexible Lösungsvorschläge von allen, an der Versorgung Beteiligten erarbeitet, um herausfordernde Patienten zu versorgen.

Unsere Fragen: Was wird Ihre Partei tun, um „Systemsprengerkonferenzen“ einzurichten, die eine hohe Verbindlichkeit haben und nach flexiblen, individualisierten Lösungen suchen?

Dies wäre auch für Hamburg eine zielführende Maßnahme. DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass interdisziplinäre, trialogische Runde Tische dazu eingerichtet werden und die Ergebnisse auch Eingang in die parlamentarische Arbeit finden. Dies könnten Tische sein, in denen beispielsweise Beschäftigte aus den Akutpsychiatrien, Genesungsbegleiter_innen, Mitarbeiter_innen der ambulanten Sozialpsychiatrien, der sozialpsychiatrischen Dienste, Sozialarbeiter_innen, Suchthilfemitarbeiter_innen, Betroffenenverbände und Angehörigenverbände von Menschen mit seelischen Erkrankungen und mit Psychiatrieerfahrungen sein.

In Wohnungsloseneinrichtungen (§67, SGB XII) dürfen keine psychisch Kranken Menschen aufgenommen werden, weil die Wohneinrichtung keinen Vertrag über Eingliederungshilfe (§53 SGB XII) hat. In Eingliederungshilfeeinrichtungen werden keine pflegebedürftigen aufgenommen, obwohl sie trotz Pflegebedürftigkeit auch einen Anspruch auf Wiedereingliederung haben.

Unsere Frage: Was wird Ihre Partei tun, um diese Versorgungslücken zu überwinden, um eine individuelle Lösung für den Patienten zu finden?

DIE LINKE fordert ein System, das den vielfältigen Bedarfen von wohnungs- und obdachlosen Menschen gerecht wird. Wir setzen uns auch weiterhin für die Einrichtung sogenannter Lebensplätze ein, um pflegebedürftige Wohnungs- und Obdachlose mit multiplen Problemlagen dauerhaft mit bedarfsgerecht ausgestaltetem Wohnraum zu versorgen. Um den Bedarfen der Betroffenen gerecht zu werden, sollte dieses spezifische Wohnangebot in ein Netzwerk mit medizinischen und pflegerischen Angeboten sowie Sozialarbeit eingebettet sein.

Obdachlose Patienten haben in über 50% der Fälle eine psychische Erkrankung. Sehr häufig werden diese Patienten kurzfristig und notfallmäßig in psychiatrischen Kliniken Hamburgs behandelt. Eine erfolgreiche und langfristige Stabilisierung gelingt jedoch nur durch Sektor-übergreifende Behandlungskonzepte die flexible, ambulante, nachgehende und multidisziplinäre Elemente sowie Streetwork aufweisen.

Unsere Frage: Was wird ihre Partei tun um für das zentrale Problem der Obdachlosigkeit moderne Versorgungskonzepte zu entwickeln.

Unsere Frage: Was wird ihre Partei tun um für das zentrale Problem der Obdachlosigkeit moderne Versorgungskonzepte zu entwickeln.

Die Mehrheit der Menschen, die in Hamburg auf der Straße leben hat keinerlei Leistungsansprüche und somit keinen Zugang zu öffentlich-rechtlicher Unterbringung oder Gesundheitsversorgung. DIE LINKE setzt sich für die Öffnung des Regelsystems für alle Menschen – unabhängig ihrer Leistungsansprüche – ein. Dies umfasst auch die nachgehende Gesundheitsversorgung der Patient_innen. Bis zur Öffnung des Regelsystems muss zudem über weitere Lösungen nachgedacht werden, zum Beispiel über die Einführung aufsuchender, psychiatrischer Angebote, die bei den Schwerpunktpraxen und niedrigschwelligen Suchthilfeeinrichtungen angedockt werden könnten.